

Positionspapier der kriPo

Zur Motion „Angleichung der Studiengebühren an die Realität“

Semesterferien heisst für Studierende Prüfungen und Arbeiten schreiben, Absicherung der finanziellen Situation sowie hoffentlich auch genügend Zeit für Erholung. Für Politiker*innen und selbst ernannte Expert*innen ist es die Zeit, neue Angriffe auf unser Studium zu lancieren. Im Zürcher Kantonsrat haben SVP und EDU eine Motion eingereicht, welche zum Ziel hat, die Studiengebühren an der Uni und an den Fachhochschulen des Kantons Zürich um 500.- CHF pro Semester zu erhöhen.

Studiengebührenerhöhungen und wer davon profitiert

Wie fatal sich eine solche Studiengebührenerhöhung auswirken kann, beschrieb die NZZ Campus im September 2012. So wären schon 1'500 Franken Gebühren pro Semester für 50 % der Studierenden mit Schweizer Pass zu teuer, um weiter studieren zu können. Viele Studierende befinden sich in einer prekären Situation. 77% von ihnen müssen neben dem Studium noch arbeiten, viele machen Praktika für wenig oder kein Geld, andere erhalten zu wenige Stipendien. Wiederum andere finden keinen (ausreichend günstigen) Wohnraum und einige haben bereits Kinder. Studiengebührenerhöhungen können also für Studierende, die wenig Ressourcen haben fatal sein. Dabei sind Studiengebühren an sich bereits ein Mittel, um Studierende von reichen Eltern zu bevorzugen und den Zugang von Jugendlichen aus ärmeren Verhältnissen zu erschweren.

Hinter den Studiengebührenerhöhungen steckt die Idee, dass die Studierenden möglichst kurz an der Uni sind und somit rasch auf den Markt geworfen werden. Gleichzeitig aber müssen die Studierenden immer mehr während ihrem Studium und auch danach prekarierte Arbeitsverhältnisse eingehen, um sich so durch ihr Leben schlagen zu können. Wer davon profitiert ist klar; diejenigen Unternehmen, die auf schlechtbezahlte und gut ausgebildete Lohnabhängige zurückgreifen. Statt sich diesem Trend entgegenzusetzen, fördern dies Universitäten durch ihre an den Markt ausgerichtete Unternehmerstrategie gar noch. So werden die Hochschulen immer mehr zu für den Staat möglichst günstigen und für den Markt möglichst nützlichen Institutionen, und gehorchen nur den Interessen des Kapitals, statt kritisches Denken zu ermöglichen.

Ihre „Realität“ ist nicht die unsere

Wenn also die SVP und die EDU, die Partei der Milliardär*Innen und die Partei der steuerprivilegierten Kirchen und Freikirchen, von einer „Angleichung der Studiengebühren an die Realität“ sprechen, wäre zu fragen, welche Realität eigentlich gemeint ist. Die Erhöhung der Studiengebühren stellen die SVP und die EDU auch in den Kontext der „Zeiten des Sparens“, wie sie der Regierungsrat mit seinem 1.8 Milliarden Abbaupaket letztes Jahr eingeläutet hat. Sparpolitik scheint hier wie eine natürliche Jahreszeit, an die es sich nun mal anzupassen gelte. Also warm anziehen! Doch Sparpolitik ist kein Naturgesetz und Sparpolitik meint auch

keine scheinbar harmlose Anpassung an eine Realität. Sparmassnahmen im öffentlichen Bereich betreffen Menschen, die sich keine teuren Privatkliniken und Privatschulen leisten können, es betrifft aber auch vor allem die Angestellten in den Bereichen Gesundheit, ÖV und Bildung, die ohnehin bereits unter prekären physischen und psychischen Bedingungen arbeiten müssen. Abbaupolitik betrifft Suchtkranke (Streichung der dezentralen Drogenhilfe), Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung (Sparen bei Sondereinrichtungen), geflüchtete Menschen (Sparen bei Asylunterkünften), Schüler*innen (grössere Klassen, Streichung von Freifächern), Lehrlinge (Schliessung von Lehrwerkstätten). Gespart wird also bei Gruppen, die wenig besitzen, keine starke Lobby haben und nur selten in den Medien vorkommen. Anstatt bei der grossen Mehrheit zu sparen, könnte man auch bei jenen 2.2% der Zürcher*innen ansetzen, welche gleich viel besitzen wie die restlichen 97.8%. Doch dann müsste der Regierungsrat die Steuergeschenke im Wert von 2 Milliarden Franken pro Jahr rückgängig machen, welche die letzten 20 Jahre bürgerliche Steuerpolitik einbrachten und welche die drohenden öffentlichen Defizite erst verursachten. Die Realität die SVP und EDU beschreiben ist kein von aussen gegebenes Faktum (auch wenn die EDU vielleicht noch auf ihren Big Buddy in the Sky hofft...), sondern eine bewusste Politik der Angriffe auf die Lebensbedingungen der Mehrheit für die Profite einer kleinen Minderheit. Dieser „Realität“ sollten wir uns nicht anpassen, sondern uns ihr entschieden dagegenstellen!

Gäge eh Uni, nur für die Riiche, Studiegebühre ganz wegstriiche!

Für eine kostenlose Bildung, welche kritisch, selbstbestimmt, emanzipatorisch und frei von Kapitalinteressen ist!